

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Döhne

Ende des Waffenstillstands verstärkt Druck auf Journalisten

Seit dem Scheitern der Friedensverhandlungen (weiteres hierzu in den Beiträgen dieser Ausgabe) hat sich der Druck auf Journalisten in Nepal verschärft. Die Föderation nepalischer Journalisten berichtete über 48 Fälle innerhalb von nur einem Monat, in denen Journalisten Opfer von Gewalt, Bedrohungen oder Entführungen wurden. In einem vom Journalistenverband zu diesem Thema vorgelegten Bericht heißt es, daß ein Jour-

nalist ermordet, 41 verhaftet und zwei weitere unter Anklage gestellt wurden. Zudem gelten drei Journalisten als vermißt. Der Mord und zwei Entführungen sollen auf das Konto der Maoisten gehen. Die Regierung ist laut Journalistenföderation für 41 Verhaftungen verantwortlich und verweigert zudem Angaben über den Aufenthalt von drei Journalisten. Fünf der Inhaftierten sollen in dieser Zeit mißhandelt worden sein.

König möchte Maoisten treffen

Der frühere Vorsitzende des *Raj Parishad*, Dr. Keshar Jung Rayamajhi, gab im Rahmen eines Symposiums bekannt, daß der König die maoistischen Führer zu sprechen wünscht, um den bestehenden Konflikt zu lösen. Der *Raj Parishad* ist ein einflußreiches Gremium, in das der König führende Vertreter des *Establishments* beruft. „Die Maoisten sind auch Nepalis“, sagte Rayamajhi, „daher ist Seine Majestät gewillt, sie zu treffen und das Problem zu lösen“. „Seine Majestät zeigte erstmals Interesse, die Rebellen zu treffen, als diese ihn um eine Audienz und Dialog ersuchten“ sagte er weiter. Nach den Worten von Dr. Rayamajhi wird der König demnächst die Initiative ergreifen und die maoistischen Führer treffen.

Büro der Friedensvermittler durchsucht

Kurz nachdem die nepalische Regierung den Friedensvermittlern offiziell für ihr Engagement im Friedensprozeß gedankt und sie aus dieser Funktion entlassen hatte, wurde deren Büro im *Gyanjong Hotel* in Lazimpat von Sicherheitskräften durchsucht. Nachdem dort nichts Belastendes zu finden war, wurden dort vier bereits veröffentlichte *Statements* des Maoistenführers Prachanda beschlagnahmt. Kurze Zeit später äußerten sich

die vier Friedensvermittler Daman Nath Dhungana, Padma Ratna Tuladhar, Sailendra Kumar Upadhyaya und Krishna Dhoj Adhikari im Rahmen einer Pressekonferenz zu den Aussichten einer Wiederaufnahme der Friedensgespräche. Sie stellten übereinstimmend fest, daß die Chance sehr gering sei. Außerdem kündigte das Quartett an, daß sie an einem anderen Ort ein neues Büro eröffnen würden.

„Führer“-Geschenk soll Ausstellungsstück werden

Ein Geschenk von Adolf Hitler an König Tribhuvan, den Großvater des heutigen Königs Gyanendra, soll restauriert und anschließend im *Hanumandboka Museum* in Kathmandu ausgestellt werden. Dies berichtet die Nepalische Zeitung *Samacharpatra*. Es handelt sich um einen Mercedes-Benz, Baujahr 1939, den der

König vom deutschen Diktator im Jahre 1940 als Geschenk erhielt. Das Auto wurde vom *Thapathali Engineering Campus*, wo es jahrelang verlassen stand und vor sich hinrostete, in den königlichen Palast gebracht. Jetzt wird ein Techniker gesucht, der es reparieren und wieder herrichten kann.

Sonderbewachung für Prominentenhäuser

Im Zuge des von den Maoisten begonnenen städtischen Guerillakampfes sind in Kathmandu die Wohnhäuser von 217 Prominenten unter Sonderbewachung gestellt worden. Angehörige der Armee wurden angewiesen, sich nur in dienstlichem Auftrag an öffentlichen Plätzen aufzuhalten. Viele hohe Armeeoffiziere lassen ihre Dienstfahrzeuge zu Hause und fahren in Zivilkleidung an ihre Dienstorte. Neben der Sicherheitsüberwachung von Parteibüros, diplomatischen Einrichtungen und staatlichen Behörden wurde zudem auch für gefährdete Personen, politische Führer und hochgestellte Regierungsbeamte Begleitschutz und Rundum-die-Uhr-Bewachung angeordnet. Dies geht aus einer Meldung der *Kathmandu Post* vom 31. August hervor.

...Im Überblick

Armee braucht mehr Geld

Das Verteidigungsministerium hat die Regierung um zusätzliche 1,8 Milliarden Rupien gebeten, hauptsächlich um verstärkte militärische Operationen der Armee zu finanzieren. Dies sei die erste außerplanmäßige Anfrage in diesem Haushaltsjahr gewesen, berichtete die *Kathmandu Post* unter Berufung auf Informationen aus Regierungskreisen. Ein entsprechender Antrag sei vor kurzem an das Finanzministerium gestellt, dort jedoch noch nicht entschieden worden. Ein Vertreter des Verteidigungsministeriums wird mit den Worten zitiert, das Geld würde in erster Linie benutzt, um die Transportkapazitäten der Truppen zu

verbessern und die Effektivität der Militäroperationen durch verbesserte Überwachung und nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung zu erhöhen.

Von den beantragten 1,8 Milliarden wird das Verteidigungsministerium voraussichtlich 200 Millionen Rupien zur Finanzierung von Waffen- und Munitionslieferungen aus Indien verwenden. Dies soll auf der Grundlage des sogenannten „grant-plus purchase“-Abkommen erfolgen, wonach eine Teilfinanzierung des Waffenhandels durch die indische Regierung als „grant“ erfolgt, also als nicht rückzahlbare Bewilligung.

Große Erdbebengefahr in Kathmandu

Kathmandu ist unter 21 von Erdbeben bedrohten Städten weltweit die am stärksten gefährdete. Dies geht aus einer kürzlich veröffentlichten Studie hervor. Als Gründe dieser Anfälligkeit werden von Bishnu H. Pandey, einem Seismologen der Nationalen Gesellschaft für Erdbeben-technologie (NSET), die geographische Lage der Stadt und die willkürliche Bauweise der Häuser genannt. Das Tal liegt

im Himalaya-Gürtel mit zwei geologisch aktiven Kontinentalplatten, dem tibetischen Hochplateau im Norden und dem Deccan-Plateau im Süden, und bewegt sich jedes Jahr um zwei Zentimeter. Diese tektonischen Verschiebungen sind für die Erdbebenanfälligkeit der Region verantwortlich. Statistisch gesehen kommt es im Kathmandutal etwa alle 80 bis 100 Jahre zu einem schweren Erdbeben.

Dalit-Stipendien an Nicht-Dalits vergeben

Das *Nepal Dalit Uplift Forum* hat dem nepalischen Erziehungsministerium vorgeworfen, gegen die Erklärung zum Minderheitenschutz für Dalits verstoßen zu haben, indem es für Dalits („unberührbare“ Berufskasten) reservierte Stipendien an Nicht-Dalits vergeben habe. Dies geht aus einer Meldung der *Kathmandu Post* vom 21. September hervor, in der es weiter heißt: „In der Erklärung hatte die Regierung zehn Prozent aller Stipendien für Dalits und zehn Prozent für Angehörige indigener Volksgruppen vorgesehen. Tatsächlich zeigt die Namensliste der Stipendiaten, daß 15 von

ihnen indigenen Gruppen angehören, während nur zwölf auf der Liste tatsächlich Dalits sind“, teilte Biksweswar Rajak, der Präsident des Forums, während einer Pressekonferenz mit. „Und von diesen zwölf gehören weitere fünf Stipendiaten zu Nicht-Dalit-Gruppen.“ Bisher gebe es noch kein etabliertes Verfahren, um dem Ministerium Studenten für ein Stipendium zu empfehlen. Allerdings sei dem Ministerium bereits eine Liste derjenigen Kasten, die den Dalits zugerechnet werden, zugestellt worden. Das Forum fordert eine Korrektur der vom Ministerium getroffenen Vergabeentscheidungen.

UN-Kommission will im Streit um bhutanesische Flüchtlinge vermitteln

Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und Vertriebene (UNHCR) und das Welternährungsprogramm (WFP) haben die Regierungen von Nepal und Bhutan vor harten Konsequenzen gewarnt, falls sich die beiden Länder weiterhin weigerten, das UNHCR als Vermittler im Streit um die Zukunft bhutanesischer Flüchtlinge nepalischer Abstammung in die Verhandlungen einzubeziehen. Etwa 110.000 Flüchtlinge waren vor mehr als zwölf Jahren aus Bhutan vertrieben worden und leben seither in mehreren Flüchtlingslagern im Terai.

Eine achtköpfige Delegation der beiden Organisationen hatte zuvor die Flüchtlingslager besucht, um dort die derzeitige Situation zu begutachten und Entscheidungen über die zukünftige Versorgung der Flüchtlinge zu treffen. „Wenn keine Lösung erzielt wird, wird Nepal ernste Probleme bekommen“ sagten die Delegierten auf einer Pressekonferenz in Japha. Es wird erwartet, daß sie weitere Gesprächen mit Vertretern des Innen- bzw. Außenministeriums in Kathmandu führen.

Nepal hatte die Einbeziehung des UNHCR in die Vorbereitungen zur Repatriierung der Flüchtlinge erbeten, während Bhutan zögert, das UNHCR in den Prozeß einzubeziehen.